

10. Wiedereinstieg in Lehrberufe fördern

Postulat Christoph Fischbach (SP, Kloten), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) vom 29. August 2022

KR-Nr. 295/2022, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Paul von Euw hat an der Sitzung vom 28. November 2022 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Christoph Fischbach (SP, Kloten): Der Lehrpersonenmangel ist weiterhin akut, und die Situation hat sich seit Einreichung des Postulats vor über zwei Jahren weiter zugespitzt. Es muss alles unternommen werden, um die Situation zu verbessern.

Im Oktober 2023 wurde von zwölf Kantonen, unter anderem auch Zürich, die Kampagne «LehrerIn werden» gestartet. Ziel dieser Kampagne ist es, Interessierte zu einer Ausbildung zur Lehrperson zu bewegen. Nebst dem, dass junge Menschen dazu ermuntert werden sollen, die Ausbildung zur Lehrperson zu absolvieren, müssen Berufsaussteigerinnen und -aussteiger auch wieder dazu gebracht werden, in den Lehrberuf zurückzukehren. Das Potenzial ist gross. Dies zeigen aktuelle Zahlen. So hat die Bildungsdirektion untersucht, wann die meisten Lehrpersonen aus dem Beruf aussteigen. Das Ergebnis zeigt, dass nach sieben Jahren Unterricht 21 Prozent der Lehrpersonen mit wenig Erfahrung das Klassenzimmer bereits wieder verlassen haben. Die Untersuchung deckte den Zeitraum von sieben Jahren ab, vom Schuljahr 2016/2017 bis 2023/2024. Diese Menschen müssen wieder in den Lehrberuf gebracht werden. Klar, hauptsächlich müssen die Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass eine Rückkehr für diese Personen attraktiv wird. Daneben muss aber auch eine entsprechende Kampagne, neben anderen begleitenden Massnahmen, geführt werden, so wie es die bereits erwähnte Kampagne für die Ausbildung gibt.

Im Mai 2022 zeigte sich der Regierungsrat zwar grundsätzlich offen, eine solche Kampagne zu lancieren, führte aber an, dass eine solche Kampagne nur erfolgreich sein könne, wenn sie von allen Beteiligten des Schulumfelds, also Verbände, Gemeinden, Schulen und der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) getragen würde. Zu dem damaligen Zeitpunkt fiel die Reaktion dieser Institutionen gemäss Regierungsrat negativ aus. Der Leidensdruck hat sich aber seither noch erhöht, denn, wie vorher erwähnt, hat sich der Fachkräftemangel im Bildungsbereich weiter akzentuiert.

Mit einer Kampagne allein ist es selbstverständlich nicht getan, denn der Wiedereintritt in den Beruf muss begleitet und unterstützt werden. Die wiedereinsteigenden Lehrpersonen müssen professionell und niederschwellig beispielsweise mittels Coachings, welches durch die PHZH, HfH (*Interkantonale Hochschule für*

Heilpädagogik) und anderen Bildungsinstitutionen angeboten werden kann, unterstützt werden. Ebenso ist zu überlegen, dass die Schulgemeinden zusätzlich finanziell für das erste Jahr für jede wiedereingestiegene Lehrperson unterstützt werden, damit die Schulgemeinde ein entsprechendes Mentoring anbieten kann. Es gibt bestimmt noch weitere, auch kreative Ansätze, welche den Wiedereinstieg unterstützen können.

Lassen Sie die Bildungsdirektion und alle Beteiligten des Schulumfelds sich vertieft zum Thema «Wiedereinstieg in den Lehrberuf» Gedanken machen, indem Sie das Postulat an den Regierungsrat überweisen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Es sollte eine Kampagne zur Gewinnung von Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern in den Lehrberuf lanciert werden und auch noch die dazu notwendigen Begleitmassnahmen schaffen.

Im Zusammenhang mit dem Lehrermangel ist es naheliegend und nachvollziehbar, ehemalige Lehrpersonen wieder für den Lehrberuf zu aktivieren. Dass dafür aber ein teures Coaching durch die PHZH und HfH sowie weiteren Bildungsinstitutionen angeboten werden sollen, ist nicht nachvollziehbar. Wenn Personen ihren Beruf verlassen haben, ist dies nicht grundlos geschehen. Namentlich Lehrerinnen und Lehrer haben aus Berufung ihre Tätigkeit ausgeführt, weil sie gerne mit Menschen arbeiten und Wissen vermitteln, zumindest sollte es so sein. Darum, die SVP/EDU-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Die Anzahl tatsächlich aussteigender Lehrpersonen aus dem Lehrberuf ist weniger hoch, als gemeinhin angenommen, wie die Bildungsdirektion kürzlich nachgewiesen hat. Wir verlieren weit mehr Ressourcen durch Lehrpersonen, die voll ausgebildet wurden, dann aber nur in kleinen Pensen arbeiten, selbst wenn sie keine Betreuungspflichten haben oder keine mehr haben.

Die erwähnte Untersuchung des Regierungsrats hat nämlich auch gezeigt, dass gerade weibliche Lehrpersonen selbst im fortgeschrittenen Alter wenig in hohen Pensen arbeiten und zudem in tieferen Pensen als ihre männlichen Kollegen. Hier liegt das grösste Potenzial brach; hier müsste man etwas machen. Das würde auch Schnittstellen und Bezugspersonen reduzieren und die Arbeit der Schulleitungen vereinfachen, sprich, die Schule wieder einfacher machen.

Trotzdem darf der Regierungsrat durchaus prüfen, ob man auch ehemalige Lehrpersonen reaktivieren kann, wenn er das möchte. Ob sich diese Personen dann tatsächlich durch eine Kampagne und etwas Coaching motivieren lassen, bezweifeln wir eher, möchten aber gerne die Haltung und Vorschläge des Regierungsrates hören. Wir unterstützen das Postulat halbherzig. Du musst dann, Jürg, einen dritten Knopf aufschalten: Ja, halbherzig.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Auch dieses Postulat ist vor dem Hintergrund des Lehrpersonalmangels zu sehen. Der Regierungsrat hat dazu eine Anfrage beantwortet und ist bereit, eine Kampagne zu starten. Das ist gut so; dafür muss man keinen Postulatsbericht schreiben. Bei einer allfälligen Kampagne wird er sicher unterstützt von den Verbänden und den anderen Schulplayern. Auch das ist gut so. Und mittlerweile hat es sich herumgesprochen, dass man als ausgebildete Lehrerin oder Lehrer auf dem Markt gefragt ist.

Wir stören uns etwas daran, dass die Wiedereinsteigenden nun auch noch verpflichtend professionell gecoacht werden sollen, dass Schulgemeinden für Wiedereinsteigerinnen finanziell unterstützt werden sollen, damit sie ein Mentoring für solche Lehrpersonen anbieten können. Diese ausgebildeten Lehrpersonen haben wahrscheinlich eine finanziell aufwändige Fachbegleitung weniger nötig als die unausgebildeten Lehrpersonen, die auch an unseren Schulen unterrichten. Lehrpersonen, welche aus dem Beruf ausgestiegen sind und sich neu orientiert haben, sollen, laut den Postulanten, dazu motiviert werden, in den Lehrberuf zurückzukehren. Genau deshalb setzt sich die GLP ja für bessere Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen ein: weniger Bürokratie, Hilfe bei schwierigen Schülerinnen und Schülern, Stärkung der Klassenlehrpersonen, allgemein mehr Zeit fürs Unterrichten. Weil sie sich hier im Stich gelassen fühlten, sind nämlich viele Lehrpersonen ausgestiegen. Wenn sich da nichts ändert, nützt auch eine Motivationskampagne nicht viel. Und: Sie ist sicher nicht nachhaltig. Daneben hilft auch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch kleine Pensen können als Lockvogel interessant sein. Vor diesem Hintergrund unverständlich, dass die SVP, FDP und Mitte die Minimalpensen erhöht haben. Vereinbarkeit und frei wählbare Pensen sind gerade für die grösste potenzielle Gruppe der Wiedereinsteigerinnen nach der Familienzeit ein wichtiges Argument für die Rückkehr in den Schuldienst.

Wir machen weiterhin Druck, dass sich die Rahmenbedingungen für Lehrpersonen verbessern. Darauf fokussieren wir und weniger auf dieses Postulat, welches für uns wenig bis nichts bringt.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Wir sind der Meinung, dass die Forderung dieses Postulats bereits erfüllt ist. Dem Bericht des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass der Kanton Zürich im letzten Herbst erste konkrete Massnahmen zur Umsetzung des aktuellen Legislaturziels, gute Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität im Bildungswesen bei wachsender Bevölkerung zu schaffen, gefasst hatte. Er lancierte mit elf weiteren Kantonen eine breit angelegte Imagekampagne für den Lehrberuf. Diese Kampagne hatte zum Ziel, Personen zu gewinnen, die sich neu für den Lehrberuf entscheiden sowie bereits ausgebildete Lehrpersonen zu motivieren, wieder in den Lehrberuf einzusteigen. Jetzt gilt es, die Ergebnisse und Auswirkungen dieser Imagekampagne abzuwarten. Eine leichte Erhöhung der Studierendenzahlen an der PHZH konnte bereits verbucht werden. Die Grünen unterstützen aus diesen Gründen das Postulat nicht.

Kathrin Wylder (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden das Postulat überweisen. Das Volksschulamt und die PHZH haben schon einiges zu diesem Thema umgesetzt seit der Einreichung des Postulates, was uns sehr freut. Die PHZH bietet eine Beratung an, und das Volksschulamt beteiligt sich an den Kosten für eine Standortbestimmung und Weiterbildungen. Wir denken aber, da die Situation weiterhin angespannt ist und die Schulen weiterhin auf nicht ausgebildetes Lehrpersonal angewiesen sind, macht es sicherlich Sinn, eine Auslegeordnung zu machen, ob diesbezüglich alles ausgeschöpft wurde und was die Massnahmen auch wirklich gebracht haben.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Das Anliegen dieses Postulats ist einfach und klar. Ich kann nicht recht nachvollziehen, dass so wenige Fraktion es unterstützen. Der Regierungsrat soll mit allen Beteiligten des Schulfelds eine Kampagne zur Gewinnung von Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern lancieren. In Zeiten des Lehrpersonenmangels ist es wichtig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Dazu gehört auch, dass man auf ehemalige Lehrpersonen zugeht, die bereits ausgebildet sind.

Es freut mich, dass die Regierung bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Weniger freut mich, dass diese wichtige und einfache Massnahme gegen Lehrpersonenmangel durch einen kantonsrätlichen Diskussionsantrag nun seit zwei Jahren auf der Traktandenliste blockiert ist. Es ist nun höchste Zeit, die Blockade zu lösen und die Kampagne zur Gewinnung von wiedereinsteigenden Lehrpersonen zu starten. Die EVP unterstützt dieses Postulat.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich mache es kurz: Die AL ist der Meinung, dass wir unsere offenbar so knappen Ressourcen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen investieren sollten und nicht in Kampagnen, die so tun, als gebe es hier noch einen Handlungsbedarf. Wir werden das Postulat daher nicht überweisen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Zuerst eine Vorbemerkung: Die Verweildauer der Lehrperson ist überdurchschnittlich lang im Vergleich zu anderen Branchen. Es stimmt also nicht, dass sie nach sieben Jahren ihren Beruf wieder verlassen. Wir haben für Lehrpersonen, für die Studienbeginnenden an der PH unlängst eine Kampagne gestartet, die mit grossem Erfolg durchgeführt wurde. Das kann man durchaus auch für die Wiedereinsteigerinnen machen. Die Zahlen, die Anmeldezahlen, sind im Übrigen an den PH frappant gestiegen, wir haben hier rekordverdächtige Studierendenzahlen im nächsten Jahr, wenn denn die Anmeldenden sich nächstes Jahr tatsächlich für das Studium entscheiden. Die PH bietet ein spezielles Programm für Wiedereinsteigerinnen an, das selbstverständlich kostenlos ist, genauso wie das Programm für Berufseinsteiger und Berufseinsteigerinnen. Wir können in einem Postulatsbericht gut darlegen, was wir alles gemacht haben oder was alles gemacht wird. Einfach eine kleine Nebenbemerkung: Kampagnen kosten etwas. Wenn Sie dieses Postulat überweisen, werden wir also in die Tasche

greifen müssen. Ich bin der Meinung, dass wir das Postulat, den Vorstoss gerne entgegennehmen, aber ich suche keine zusätzliche Arbeit. Also, wenn Sie es nicht überweisen, dann ist das für mich auch okay.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 295/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.